

Hintergrund: „Instrument für Stabilität und Frieden“

Zielsetzung

Das „Instrument für Stabilität und Frieden“ (Instrument contributing to Stability and Peace, IcSP) wurde 2014 geschaffen, um die EU-Politik in den Bereichen Krisenreaktion, Konfliktverhütung, und Friedenskonsolidierung wirksamer zu machen. Der Haushalt umfasst 2,338 Milliarden Euro für den Zeitraum 2014 bis 2020. Für 2017 ist schon fast ein Drittel der Gelder, die für flexible Maßnahmen der Krisenreaktion vorgehalten werden, für das „Management“ von Migration und Grenzschutz in der Türkei verplant.

Vorschlag der EU-Kommission

Die EU-Kommission schlägt vor, den Haushalt des IcSP um 100 Millionen Euro bis 2020 zu erhöhen, um militärische „Ertüchtigung“ zu integrieren. Zunächst wurde erwogen, diesen Betrag komplett aus Reservemitteln für Armutsbekämpfung zu finanzieren. Der neueste Vorschlag sieht vor, das Geld zu je 25 Prozent aus dem Entwicklungsinstrument (DCI), aus dem „Heading IV“ des „Multiannual Financial Framework“ der EU, aus dem Nachbarschaftsinstrument und aus dem Haushalt für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik zu entnehmen. Kritische Stimmen im Europäischen Parlament befürchten, dass dies nur der Auftakt ist und nach 2020 weitere Umwidmungen folgen. Die Bundesregierung hat den Plan zur Umfunktionierung des IcSP maßgeblich vorangetrieben. Sie hatte 2015 einen nationalen Haushaltstitel für die „Ertüchtigung“ von Partnerarmeen eingerichtet, möchte diese aber gern auch aus dem EU-Haushalt finanziert sehen und hat daher mit einigen Mitgliedstaaten ein „Non-Paper“ und Schreiben an die Kommission gerichtet. Die Befürworter des Kommissionsvorschlags weisen darauf hin, dass dieser die Lieferung von Waffen und Munition ausschließe. Da der Text jedoch keine Aussagen dazu macht, welche Art von Ausrüstung zu welchem Zweck geliefert werden darf, kann von der Uniform bis zur IT-Infrastruktur oder zum Aufbau von Stützpunkten eine Fülle von kriegsunterstützendem Gerät darunter fallen.

Die Befürworter des Kommissionsvorschlags legitimieren diesen zudem mit drohenden Instabilitäten ganzer Regionen und fordern einen „umfassenden“ Ansatz zur Bewältigung von Konflikten. Deren strukturelle Ursachen werden jedoch kaum benannt und adressiert.

Kontext und Bewertung

Der Vorstoß zur Umfunktionierung des IcSP steht für das Gegenteil. Er reiht sich ein in einen umfassenderen Trend weg von zivilen, vorbeugenden und ursachenbetonten Politikansätzen hin zu einem vorwiegend militärischen Verständnis von Sicherheit: So hat die EU in den vergangenen zehn Jahren begonnen, zunehmend auch Sicherheitsforschung zu subventionieren. Eine „vorbereitende Maßnahme“ im Rahmen der gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik bildet den Türöffner für einen gemeinsamen Rüstungsforschungshaushalt. 90 Millionen Euro wurden dafür veranschlagt. Weitere 500 Millionen Euro sollen die Mitgliedstaaten in Zukunft jährlich beisteuern. Der geplante Verteidigungsfonds geht einher mit weitreichenden

Pressesprecherin
Renate Vacker

Tel 030 65211 1833
Fax 030 65211 3833

renate.vacker@brot-fuer-die-welt.de

Evangelisches Werk
für Diakonie und Entwicklung e.V.

Caroline-Michaelis-Straße 1
10115 Berlin

Bank für Kirche und Diakonie
IBAN DE10100610060500500500
BIC GENODED1KDB

Mitglied der
actalliance

Verabredungen für eine stärkere Kooperation in der Verteidigungspolitik, die von der Kommission und einigen Mitgliedstaaten derzeit vorbereitet werden. Die Rüstungsindustrie und ihre Verbände begrüßen diese Entwicklungen.

Sie stehen auch bereit, um den zusätzlichen Markt zu bedienen, der sich mit EU-gestützten „Ertüchtigungsprogrammen“ eröffnen könnte. Die „Aerospace and Defence Industries Association of Europe“ begrüßte in einem Positionspapier am 20. Juni 2016 die Revision des IcSP. Sie empfiehlt, diese Budgetlinie schwerpunktmäßig auf Grenzüberwachung, Terrorismusabwehr, Verbrechensbekämpfung und den Schutz von Infrastrukturen auszurichten und dafür Entwicklungsgelder in Anspruch zu nehmen. Bislang seien „mit dem IcSP vor allem die Aktivitäten Internationaler Organisationen, NGOs und Think Tanks etc. gefördert worden. Der natürliche Partner für die Versorgung mit EU-finanzierter Ausrüstung und Dienstleistungen sollten die Europäischen Industrien sein“, fordert der Verband, und regt an, dafür einen „strukturierten Dialog“ mit den Unternehmen zu etablieren. Vor diesem Hintergrund ist auch die Stellungnahme des Berichterstatters für das IcSP im Europäischen Parlament, Arnaud Danjean („Opinion v. 31.3.2017) zu lesen: er unterstützte die Öffnung des IcSP für militärische Ertüchtigung und plädierte dafür, die Verordnung um einen weiteren Punkt zu ergänzen, nämlich, dass die „Hilfeleistungen“ für Partnerarmeen den „strategischen und industriellen Interessen der EU Rechnung tragen“ sollen.

Fazit

Ein schlüssiger Politikansatz für die Schaffung von Frieden und Sicherheit ergibt sich nicht dadurch, dass man Armeen besser ausstattet und auch nicht durch eine Vermischung von Haushaltstöpfen. Gefordert sind stattdessen ressortübergreifende Konzepte und Maßnahmen zur Vorbeugung von Gewalteskalation und zur Beseitigung von Konfliktursachen – eine Politik, die ziviler Konfliktbearbeitung Vorrang vor dem Ausbau militärischer Fähigkeiten einräumt. Angesichts des aktuellen Kurswechsels der EU muss man sich dem Argument des Europäischen Netzwerks gegen Waffenhandel (ENAA) anschließen, das der zunehmenden Verwendung von öffentlichem EU-Geld für militärische Forschung und Entwicklung mit dem Hinweis entgegentrat: „die EU sollte ein Friedensprojekt sein und keine Subventionsmaschine für die Rüstungsindustrie“, und sie sollte lieber Projekte unterstützen, die dazu beitragen, Konflikte vorbeugen, deren Ursachen zu überwinden und diese gewaltfrei zu bearbeiten.

Brot für die Welt kritisiert nicht nur die Zweckentfremdung von EZ-Geldern sondern ist der Überzeugung, dass die EU-Kommission mit dem IcSP schlicht das falsche Instrument ausgewählt hat. Um Partnerarmeen auszubilden und auszurüsten, könnten die daran interessierten EU-Mitgliedstaaten ein neues Instrument auf multilateraler Ebene etablieren und Mittel zur Verfügung stellen, ohne den EU-Gemeinschaftshaushalt anzutasten. Auch dann sollten sie klar benennen, nach welchen Kriterien sie Partner auswählen und wie sie sicherstellen werden, dass Ausstattungshilfen im Einklang mit menschenrechtlichen, demokratischen und friedenspolitischen Standards erfolgen. Solche Maßnahmen erfordern sorgfältige Kontrolle und verlässliche staatliche Strukturen vor Ort, und sie dürfen nicht auf Kosten von ziviler Vorbeugung und Entwicklung gehen.

Weitere Informationen unter <https://info.brot-fuer-die-welt.de/blog/entwicklungsgelder-militaerische-ertuechtigung>